

Bezirksregierung Detmold

Dezernat 25

Leopoldstraße 15

32756 Detmold

E-Mail: post25@brdt.nrw.de

Muster 1

Stand: 01/2023

☐ **Antrag**

☐ **Änderungsantrag**

**auf Gewährung einer
Zuwendung**

Wird von der Bezirksregierung ausgefüllt:

Ordnungsmerkmal:

1. Antragstellerin / Antragsteller

Name / Bezeichnung

Anschrift

(Straße/PLZ/Ort/Kreis)

Auskunft erteilt

Gemeindekennziffer

Bankverbindung

Landesplanerische Kennzeichnung

2. Maßnahme

Bezeichnung

Durchführungszeitraum

Baulänge der Maßnahme in Metern

(s. Erläuterung nach 9. Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die baufachliche Stelle)

Gesamtlänge des Radweges

(beidseitige Radwege zählen doppelt, Angabe in Metern)

Radwegeanteil an Gesamtmaßnahmen

(prozentualer Kostenanteil an Gesamtkosten des Vorhabens)

Anzahl neu geschaffener Fahrradabstellplätze

(z.B. 2 Plätze je Anlehnbügel, 1 Platz je Fahrradbox, etc.)

3. Finanzierungsplan

1	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			Summe
	Beginn- jahr	1.Folge- jahr	2.und weitere Folgejahre	
	2	3	4	in EUR
3.1 Gesamtkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)				
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentlicher Förderung)				
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben				
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)				
3.6 beantragte / bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 3.5) durch				
3.7 Eigenanteil davon				
a) zwecksgebundene Spenden	a)			
b) finanzielle Beteiligung einer Kommune	b)			

4. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Zuweisung [EUR]	Darlehen [EUR]	Schulden- diensthilfen [EUR]	v. H. d. Gesamt- kosten
1	2	3	4	5
Förderrichtlinien				
Summe				

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

7. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird.

7.2 sie / er zum Vorsteuerabzug

☐ nicht berechtigt ist

☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3.1 und 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).

7.3 bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiträge verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört werden.

7.4 für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept

☐ nicht erforderlich ist,

☐ genehmigt/noch nicht genehmigt ist.

Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist

☐ im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,

☐ im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,

☐ im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.

(Hinweis: Diese Angaben sind ggf. zu aktualisieren)

7.5 die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

8. Anlagen (z.B. bei Zuwendungen für Baumaßnahmen)

Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen:

- ☐ Bau- und / oder Raumprogramm
- ☐ Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahmen und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens)
- ☐ Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erforderlich ist und dass die Fördervoraussetzungen zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen werden,
- ☐ Erläuterung der verkehrlichen, städtebaulichen und umweltbedeutsamen Dringlichkeit des Vorhabens
- ☐ Mitteilungen, mit welchem Ergebnis eine Abstimmung mit städtebaulichen und strukturwirksamen Maßnahmen erfolgt ist
- ☐ Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) mit Darstellung des kommunalen Gesamtverkehrskonzepts, oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan
- ☐ Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan; Bauentwurf in Anlehnung an die Richtlinie für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau (RE); einschließlich Grunderwerbspläne und Grunderwerbsverzeichnisse
- ☐ Lageplan 1:5.000 mit Einzeichnung des geplanten Gesamtvorhabens, dieses ggf. nach Bauabschnitten/Verkehrswerten unterteilt, einschließlich etwaiger bereits laufender oder fertiggestellter Abschnitte
- ☐ Regelquerschnitt (alt/neu) mit Begründung
- ☐ Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlasten)
- ☐ Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind
- ☐ Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die planungsrechtlichen Voraussetzungen (Bebauungsplan / Planfeststellung), die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über das Ergebnis der erfolgten Abstimmung mit städtebaulichen und wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, Bericht über den Stand der baufachlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die – soweit bereits vorhanden – beizufügen sind
- ☐ Kostenberechnung
- ☐ Angaben des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- ☐ Bauzeitplan

- ☐ Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung
- ☐ Tragfähiges Betreiberkonzept
(nur bei Fahrradstationen)
- ☐

Ort, Datum

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(Name, Funktion)

9. Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die fachliche Stelle (Nr. 6.8 VVG)

Nach Prüfung der dem Antrag beigegebenen Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahmen den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – nicht – entspricht. Die fachliche Stellungnahme wurde beigegeben.

Für die Durchführung der Baumaßnahmen
hat die Antragstellerin / der Antragsteller
folgende Kosten veranschlagt:

..... EUR

Aufgrund der Prüfung wird folgender
Betrag als angemessen erachtet:

..... EUR

Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Erläuterung zur Angabe der Baulänge sowie des Radverkehrsanteils	
	Baulänge [m]
Radschutzstreifen (RRS) (im Einrichtungsverkehr)	Je Fahrtrichtung z.B. bei 100m beidseitiger Anlage = 200m Baulänge
Radfahrstreifen (RFS) (im Einrichtungsverkehr)	Je Fahrtrichtung z.B. bei 100m beidseitiger Anlage = 200m Baulänge
Radwege im Einrichtungsverkehr (RW) (mit und ohne Benutzungspflicht)	Je Seite z.B. bei 100m beidseitiger Anlage = 200m Baulänge
Radwege im Zweirichtungsverkehr (RW) (i.d.R. einseitig mit und ohne Benutzungspflicht)	Je Seite z.B. bei 100m einseitiger Anlage = 100m Baulänge (wenn der Radweg Zweirichtungsverkehr aufnimmt)
Gemeinsame G-R-Wege (GRW) (ein- oder zweiseitig Radverkehr im Einrichtungsverkehr)	Je Seite z.B. bei 100m einseitiger Anlage= 100m Baulänge bei 100m beidseitiger Anlage=200m Baulänge
Gemeinsame G-R-Wege (GRW) (i.d.R. einseitig Radverkehr im Zweirichtungsverkehr)	Je Seite z.B. bei 100m einseitiger Anlage = 100m Baulänge (Radweg Zweirichtungsverkehr aufnimmt)